

Anhaltendes Wachstum bei reduzierten Planvorgaben

Die Wirtschaft der DDR an der Jahreswende 1976/77

Die staatliche Zentralverwaltung für Statistik berichtet für das Jahr 1976 überwiegend von Erfüllung und Übererfüllung der Pläne. Es fällt schwer, sich diesem Urteil anzuschließen. Einmal enthält der Planerfüllungsbericht einige Ungereimtheiten, zum anderen ergeben sich — vergleicht man die erzielten Ergebnisse mit den Planvorgaben — Unterschreitungen der Wachstumsziele gerade in solchen Bereichen, bei denen „Übererfüllung“ gemeldet wird.

Ein Vergleich der Entwicklung nach dem Erfüllungsbericht mit den Planzielen, wie sie im Gesetz über den Volkswirtschaftsplan für 1976 im Dezember 1975 festgestellt worden sind, zeigt folgendes Bild (Zuwachs gegenüber Vorjahr in vH):

	Soll	Ist
Produziertes Nationaleinkommen	5,3	3,7
Industrielle Warenproduktion	6,0	5,9
Bruttoinvestitionen	6,5	6,8
Einzelhandelsumsatz	4,0	4,3
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,0	4,0

Im Planerfüllungsbericht wird darauf hingewiesen, daß die erhebliche Unterschreitung der Planziele beim produzierten Nationaleinkommen auf die Entwicklung der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Die Trockenheit des Sommers 1976 hatte zu erheblichen Einbußen bei der pflanzlichen Produktion geführt und damit auch das Ergebnis der Volkswirtschaft insgesamt tangiert. Abgesehen von diesem Sonderfall stimmen die veröffentlichten Raten für die übrigen Bereiche mit den Planzahlen weitgehend überein.

Unstimmigkeiten bei der Entstehung des Nationalprodukts . . .

Im Planerfüllungsbericht wird diesmal für Industrie, Bauwirtschaft und Landwirtschaft nicht nur die Entwicklung der Bruttoproduktion, sondern auch der Beiträge zum produzierten Nationaleinkommen angegeben. Grundsätzlich muß in einer Realrechnung die Summe der Beiträge aller Wirtschaftsbereiche zum Nationaleinkommen mit der gleichen Rate wachsen wie das produzierte Nationaleinkommen. So läßt sich die Entwicklung der Beiträge der übrigen, im Planerfüllungsbericht nicht belegten Bereiche — Handel, Verkehr und sonstige produzierende Bereiche — errechnen. Dabei ergibt sich das folgende Bild (Zuwachs 1976 gegenüber Vorjahr in vH):

Beiträge der Wirtschaftsbereiche	3,7
nachgewiesen:	
Industrie	5,9
Bauwirtschaft	5,3
Landwirtschaft	-9,8
errechnet:	
Rest (Handel, Verkehr, sonst. Bereiche)	3,0

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung der DDR

Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1971 bis 1975 ¹⁾	1975	1976		1977	1976 bis 1980 ¹⁾
		Ist	Plan	Ist	Plan	
Produziertes Nationaleinkommen	5,4	4,9	5,3	3,7	5,5	>5,0
Industrie						
Warenproduktion	²⁾ 6,5	²⁾ 5,8	6,0	5,9	5,1	>6,0
Bruttoproduktion	6,3	5,9				
Arbeitsproduktivität ³⁾	⁴⁾ 5,1	⁴⁾ 5,2	5,5	6,0	5,1	5,4
Bauwirtschaft						
Bauproduktion	⁵⁾ 4,7	⁵⁾ 5,7	⁶⁾ 6,3	⁶⁾ 6,8	⁶⁾ 6,2	⁷⁾ 6,5
Arbeitsproduktivität	⁸⁾ 3,5	⁶⁾ 4,3		5,1	⁷⁾ 4,7	⁷⁾ 5,1
Fertiggestellte Wohnungen ⁹⁾	13,1	1,8		7,0		¹⁰⁾ 2,1
dar.: Wohnungsneubau	7,9	8,7	¹⁰⁾ 4,7	7,4	¹⁰⁾ 2,0	¹⁰⁾ 4,6
Landwirtschaft						
Staatliches Aufkommen an						
Schlachtvieh ¹¹⁾	6,7	8,1	¹⁰⁾ -1,5	-1,4		¹⁰⁾ 0,1
Milch	3,4	0,6	¹⁰⁾ -0,5	0,3		¹⁰⁾ 1,4
Eiern	4,2	2,5	¹⁰⁾ -3,5	1,3		¹⁰⁾ 0
Getreideproduktion	6,7	-8,2		¹²⁾ -9		
Investitionen¹³⁾	4,1	3,8	¹⁴⁾ 6,5	¹⁴⁾ 6,8	¹⁴⁾ 6,5	5,2
Außenhandelsumsatz^{15) 16)}	13,5	16,2		14,0		
Einfuhr	14,1	17,0				
Ausfuhr	12,7	15,3				
Außenhandelsumsatz^{15) 17)}	8,2	6,4	9,7		8,7	¹⁸⁾ 8,4
Einfuhr	7,3	5,0				
Ausfuhr	9,2	7,8				
Einzelhandelsumsatz¹⁶⁾	5,1	3,5	4,0	4,3	4,0	4,0
Nahrungs- u. Genußmittel	3,5	3,0		3,1		2,5/3,0
Industriewaren	6,8	4,0		5,6		4,5/5,0
Gesellschaftliche Konsumtion	7,9	4,3				
Individuelle Konsumtion	5,1	3,8				4,1
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,9	4,0	4,0	4,0	4,0	4,0

¹⁾ Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs. — ²⁾ Errechnet anhand der monatlichen Indexzahlen; kalendermäßig unbereinigt. — ³⁾ Industrieministerien, Basis Warenproduktion. — ⁴⁾ Bruttoproduktion je Arbeiter und Angestellten (ohne Lehrlinge). — ⁵⁾ Wirtschaftsbereich Bau. — ⁶⁾ Produktion des Bauwesens. — ⁷⁾ Ministerium für Bauwesen. — ⁸⁾ Bauproduktion je Arbeiter und Angestellten (ohne Lehrlinge). — ⁹⁾ Neubau und Modernisierung. — ¹⁰⁾ Mengenmäßige Planung. — ¹¹⁾ Lebendgewicht. — ¹²⁾ Geschätzt; der Hektarertrag verringerte sich um 9,3 vH. — ¹³⁾ Ohne Generalreparaturen und Auslandsbeteiligungen. — ¹⁴⁾ Materielle Investitionen. — ¹⁵⁾ Gesamteinfuhr und -ausfuhr, einschl. IdH; ohne Dienstleistungen. — ¹⁶⁾ Jeweilige Preise. — ¹⁷⁾ Konstante Preise. — ¹⁸⁾ Nur sozialistische Länder.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistische Praxis; Volkswirtschaftsplan 1976 (ND v. 8. 12. 1975); Fünfjahrplan 1976 bis 1980 sowie Volkswirtschaftsplan 1977 (GBl. d. DDR, Teil I/1976, S. 519ff); Planerfüllungsbericht 1976 (ND v. 22./23. 1. 1977); Berechnungen des DIW.

Diese errechnete Rate widerspricht den Erfolgsmeldungen über die Verkehrsleistungen und den Einzelhandelsumsatz. Denkbar ist aber, daß die Differenz zwischen der Summe der Beiträge und dem produzierten Nationaleinkommen, nämlich die Verrechnungen, in die Höhe geschnellt ist. Dies würde eine überdurchschnittliche Zunahme der Subventionen für die produzierenden Bereiche signalisieren, die wohl auch tatsächlich als Folge von Preiserhöhungen eingetreten sind. Ihre Verbuchung sollte aber in einer Nationaleinkommensrechnung zu vergleichbaren Preisen ausgeschlossen sein.

. . . bei der industriellen Produktion . . .

Bei der industriellen Warenproduktion weichen die Zuwachsraten von Plan und Planerfüllung kaum voneinander ab (6 vH gegenüber 5,9 vH). Unerklärbar ist jedoch der Nachdruck, mit dem im Planerfüllungsbericht eine Übererfüllung der Pläne konstatiert wird: Nach dem Bericht bedeutet die hinter dem Zuwachs

von 5,9 vH stehende Steigerung der industriellen Warenproduktion um 14 Mrd. M eine Überbietung des Planansatzes um 2,6 Mrd. M. Am leichtesten erklärte sich diese Unstimmigkeit dann, wenn innerhalb des Jahres 1976 die Plandaten reduziert worden wären.

Verfolgt man die Berichterstattung durch das ganze Jahr hindurch, dann dürfte diese Revision schon recht frühzeitig vorgenommen worden sein. Der geplanten Jahreszuwachsrate der industriellen Warenproduktion von 6 vH laut Volkswirtschaftsplan 1976 standen folgende „Erfolgsmeldungen“ gegenüber:

	Januar 1. Halb- bis April	Jahr jahr	
Realisierter Zuwachs in vH	6,0	6,0	5,9
„ in Mrd. M	5,0		14,0
„Übererfüllung“ in Mrd. M	0,8	mehr als 1	2,6

Zu allen drei Terminen ergibt sich, daß die „Übererfüllung“ etwa einen Prozentpunkt ausgemacht hat,

mit dem revidierten Plan also nicht mehr das Ziel + 6 vH, sondern nur noch + 5 vH anvisiert worden wäre.

Eine routinemäßige Anpassung an veränderte Basisdaten 1975 oder aber eine Einpassung in den Fünfjahrplan ist nach den jeweils veröffentlichten Zahlen unwahrscheinlich. Dagegen liegt es nahe, den frühen Zeitpunkt mit preispolitischen Maßnahmen am Jahresanfang 1976 in Zusammenhang zu bringen. Zum 1. Januar wurden die Preise für eine Reihe von Brennstoffen, Rohstoffen und rohstoffintensiven Erzeugnissen erhöht mit dem Ziel, die Betriebe zu sparsamster Verwendung anzuregen. Aus vielen Diskussionen in der DDR ist bekannt, daß eine Senkung des Materialverbrauchs von negativem Einfluß auf die Planerfüllung sein kann, und zwar dort, wo der Materialeinsatz als Indikator für die Produktionsleistung herangezogen wird (Tonnenideologie). So ist es nicht auszuschließen, daß viele Betriebe mit diesem Argument eine Senkung des Plansolls erreicht haben. Dies würde auch im Einklang damit stehen, daß das Politbüro des ZK der SED im März 1976 einen Beschluß zur Veränderung der Leistungsbewertung der Betriebe faßte.

Planrevisionen für einzelne Industriebereiche sind nur schwer zu recherchieren. Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, daß im Bereich des Maschinenbaus, für den keine Übererfüllung gemeldet wird, die tatsächliche Entwicklung den ursprünglichen Planansatz nicht erreicht hat. Das gleiche gilt für die Konsumgütererzeugung der Leichtindustrie und der bezirksgeleiteten und der Lebensmittelindustrie. Dagegen dürfte in den Bereichen Energiewirtschaft, Chemie und Elektrotechnik die gemeldete Übererfüllung der Produktionsziele — selbst wenn man den ursprünglichen Plan zugrunde legt — realisiert worden sein. Derartige Unterschiede in der Entwicklung der Industriezweige würden dann auch erklären, warum nach einer Verminderung der Planvorgaben die Industrieproduktion doch fast im ursprünglichen Umfang gestiegen ist.

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität war 1976 ein besonderes Phänomen. Schon bei der Diskussion der Realisierungsmöglichkeiten des Plans 1976 ist an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß aufgrund der vom Kalender her gegebenen Besonderheiten dieses Jahres (fünf Arbeitstage mehr als 1975) die Anforderungen an die Produktion je Beschäftigten nur bescheiden gewesen sind. Im Planerfüllungsbericht sind diesmal — im Gegensatz zu früheren Jahren — die Produktionsergebnisse nicht arbeits-tätiglich bereinigt worden. In der monatlichen Bericht-erstattung sind aber ausschließlich arbeits-tätiglich bereinigte Werte veröffentlicht, die erheblich geringer sind als die kalendermonatlichen Ergebnisse laut Planerfüllungsbericht.

Index der industriellen Warenproduktion Januar bis September 1976
Zuwachs gegenüber der Vorjahrszeit in vH

	arbeits-tätiglich ¹⁾	kalender-monatlich ²⁾
Energie- und Brennstoffindustrie	6,9	8,5
Chemische Industrie	6,3	7,9
Metallurgie	4,4	6,0
Baumaterialienindustrie	4,2	5,9
Wasserwirtschaft	5,3	7,0
Maschinen- und Fahrzeugbau	4,0	5,7
Elektrotechnik, Elektronik, Gerätebau	6,6	8,3
Leichtindustrie	4,4	6,0
Textilindustrie	3,7	5,3
Lebensmittelindustrie	1,4	3,0
Gesamte Industrie	4,4	6,1

¹⁾ Vgl. Statistische Praxis 6/1976. — ²⁾ Pauschalierter Hochrechnung.

Hinter dem kalendermonatlichen Zuwachs von 6 vH und dem arbeitstäglichen von 4 1/2 vH steht rein rechnerisch eine Produktivitätserhöhung von nur 3 1/2 vH. Es wäre aber wohl verfehlt, diesen geringen Produktivitätsfortschritt als Symptom für allgemeine Wachstumsstörungen zu interpretieren.

Diskussionen in der Wirtschaftspresse der DDR deuten vielmehr darauf hin, daß die Diskontinuität der Produktion innerhalb eines Monats offenbar noch so groß ist, daß die Zahl der Arbeitstage nur eine untergeordnete Rolle spielt: So „gibt es Betriebe und Kombinate, die gegenwärtig noch eine ‚Kontinuität‘ von 10 : 20 : 70 Prozent aufweisen bzw. in Extremfällen in der 3. Dekade den Hauptteil des Monatsvolumens ausstoßen“.

. . . und bei der Landwirtschaft

Die landwirtschaftliche Produktion ist durch die extreme Trockenheit des letzten Sommers erheblich beeinträchtigt worden. Nach den vorliegenden Ergebnissen für die einzelnen Kulturarten ist die gesamte pflanzliche Produktion — in Getreideeinheiten gerechnet — um etwa 14 vH zurückgegangen. Dieses Ergebnis ist sogar noch günstig zu nennen, hatte man doch angesichts der schlechten Witterungsbedingungen geringere Erträge erwartet. Das Aufkommen an tierischen Produkten ist dagegen ungefähr nach Plan verlaufen: In der mengenmäßigen Planung war hier für das staatliche Aufkommen ein leichter Rückgang angesetzt worden.

Während die gesamte Marktproduktion (brutto) der Landwirtschaft um weniger als 4 vH hinter dem Vorjahresstand zurückgeblieben sein dürfte, nahm das

¹ Die Wirtschaft, Nr. 23/76, S. 8 f.

Nettoprodukt laut Planerfüllungsbericht um fast 10 vH ab.

Verwendung des Nationaleinkommens

Die Steigerung der Einzelhandelsumsätze (+ 4,3 vH) war etwas stärker als die der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung. Die Diskrepanz findet eine Bestätigung in der — laut Monatsstatistik — schwachen Entwicklung der laufenden Ersparnis.

Für die Investitionen wird im Planerfüllungsbericht mit + 6,8 vH mehr als die geplante Rate ausgewiesen. Es fehlt eine Berichterstattung über die Investitionen in der Industrie, die im Plan mit + 8,7 vH angesetzt waren. Bis einschließlich April betrug der Zuwachs hier 5,6 vH. In den letzten beiden Jahren ist der geplante Zuwachs nie erreicht worden (Zuwachs der Investitionen in der Industrie in vH):

	1974	1975	1976
Plan	3,2	4,6	8,7
Ist	-1,6	-0,8	.

Über die anderen Verwendungsbereiche — Gesellschaftliche Konsumtion und Lagerbildung — gibt es im Planerfüllungsbericht keine Hinweise. Aus den Ergebnissen des privaten Verbrauchs und der Investitionen läßt sich jedoch herleiten, daß die gesamte inländische Verwendung 1976 um rund 4,5 vH gestiegen ist und damit stärker als die Produktion. Dies bedeutet, daß der reale Importüberschuß 1976 größer geworden ist, eine Entwicklung, die sicher nicht im Einklang mit der Planung gestanden hat.

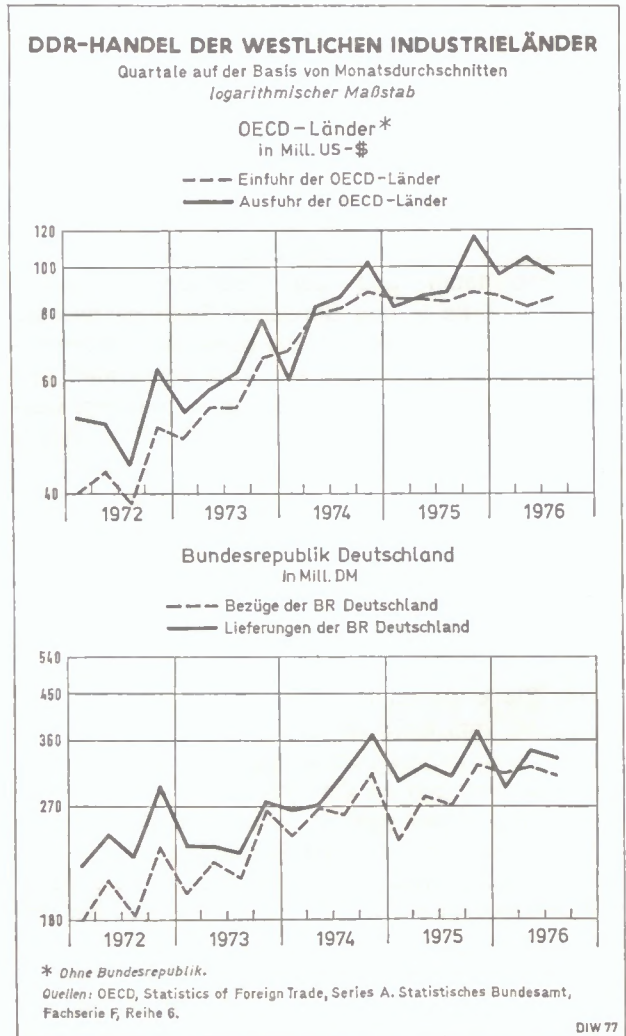
Außenwirtschaftliche Aspekte

Die Berichterstattung über den Außenhandel beschränkt sich diesmal auf eine einzige Zahl: Der Außenhandelsumsatz ist um 14 vH gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Zum ersten Mal findet sich jedoch im Planerfüllungsbericht ein nachdrücklicher Hinweis auf Preissteigerungen. Es wird darauf hingewiesen, daß wegen Veränderungen der RGW-Preise sowie infolge der inflationistischen Preisentwicklung in den kapitalistischen Industrieländern höhere Aufwendungen für die DDR entstanden sind.

Dies überrascht insofern, als nach den neuen Preisbildungsprinzipien im RGW-Raum der Preisschub schon 1975 stattgefunden haben müßte und 1976 keine besonders auffälligen Preiserhöhungen gebracht haben dürfte. Eine erneute Erhöhung wäre erst für 1977 zu erwarten. Bei den westlichen Industrieländern hat sich 1976 das Tempo des Preisauftriebs sogar abgeschwächt. Der Hinweis im Planerfüllungsbericht kann deshalb nur so interpretiert werden, daß die kumulierte Wirkung der Preiserhö-

hungen in den letzten Jahren für die DDR nun zu erheblichen Schwierigkeiten geführt hat. Einzelheiten über Export- und Importentwicklung des Jahres 1976 vermitteln die Daten der Partnerländer:

- Im RGW-Raum hat sich der Außenhandelsumsatz der DDR in den ersten neun Monaten von 1976 um 11 vH erhöht, die Zuwachsrate beim Import war dabei etwas geringer als beim Export; der Einfuhrüberschuß ist etwas zurückgegangen. Dabei lag der Handelsumsatz mit der UdSSR nur wenig über dem des Vorjahrs. Unterstellt man hier noch Preiserhöhungen für Rohstoffimporte, so dürfte der reale Gütertausch mit der UdSSR sogar geringer als 1975 gewesen sein.
- Der innerdeutsche Handel war 1976 von erheblichen Exportanstrengungen der DDR gekennzeichnet. In den ersten zehn Monaten erhöhten sich die Lieferungen der DDR um 17 vH, die Bezüge nur um 7 vH. Auch hier ist der Importüberschuß zurückgegangen.



– Im Gegensatz dazu stehen die Ergebnisse des Handels mit den übrigen OECD-Ländern. Nach den dort vorliegenden Ergebnissen der ersten neun Monate ist die Ausfuhr überhaupt nicht, die Einfuhr der DDR dagegen um 16 vH gestiegen. Die Importerhöhungen des Jahres 1976 entfielen damit auf diese westlichen Industrieländer.

Diese Einzelheiten aus den Partnerlandstatistiken bis September/Okttober sind vermutlich nicht in vollem Umfang kennzeichnend für das ganze Jahr: Danach ergäbe sich für den Einfuhrüberschuß 1976 nämlich eher eine Verringerung, aus der Konstellation von Entstehung und Verwendung des Nationaleinkommens muß jedoch mit einer Erhöhung gerechnet werden.

Planung für 1977

Der neue Plan setzt für das Jahr 1977 die folgenden Ziele:

- Erhöhung des produzierten Nationaleinkommens um 5,5 vH;
- unterdurchschnittliche Steigerung der industriellen Warenproduktion (5,1 vH);
- überdurchschnittliche Steigerung der Bruttoinvestitionen (6,5 vH);
- unterdurchschnittliche Steigerung des privaten Verbrauchs (Einzelhandelsumsatz: 4 vH).

Bei der Entstehung des Nationaleinkommens gibt es damit eine Veränderung der Relationen: Die Entwicklung der industriellen Warenproduktion liegt nicht über dem Gesamtwachstum. Offenbar ist diese Konstellation dadurch bedingt, daß für 1977 ein normales Ernteergebnis vorausgesetzt wird. Die Wechsellagen in der Landwirtschaft hätten dann in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die Zuwachsrate für die Gesamtwirtschaft um jeweils einen Wachstumspunkt verschoben – 1976 nach unten und 1977 nach oben.

Offen ist, welche Überlegungen zu dem abermals geringen Planansatz für die Industrieproduktion (+ 5,1 vH) geführt haben. Da auch für 1977 mit einer leichten Zunahme der Zahl der Beschäftigten zu rechnen ist, kann diese Planung mit Engpässen in der Kapitalausstattung in Zusammenhang stehen. In den letzten Jahren ist die Investitionstätigkeit in der Industrie sogar zurückgegangen, eine in Anbetracht der Anforderungen an diesen Bereich nicht unbedenkliche Entwicklung.

Die Proportionen auf der Verwendungsseite des Nationaleinkommens folgen der Tendenz im Fünfjahrplan: Das produzierte Nationaleinkommen soll stärker steigen als die inländische Verwendung, also die realen Exporte stärker als die realen Importe.

Die Zuwachsrate für die Investitionen steht mit 6,5 vH an der Spitze und ist damit auch etwas höher als im Fünfjahrplan. Die Rate für den privaten Verbrauch und die Nettogeldeinnahmen liegt nach wie vor bei 4 vH. Dies ist bei der Besonderheit des kommenden Jahres sehr niedrig: Die Rentenerhöhungen werden spürbar zu Buch schlagen; eine Erhöhung von 4 vH insgesamt ist deshalb nur zu erreichen, wenn die Summe der übrigen Einkommen um weniger als 3 vH zunimmt. Der größere Teil davon sind die Einkommen der Arbeiter und Angestellten. Angesichts der steigenden Beschäftigtenzahl würde dies bedeuten, daß der Durchschnittslohn nur um etwa 2 vH erhöht wird. Ob eine derartig restriktive Lohnpolitik durchzusetzen sein wird, muß bezweifelt werden. Wahrscheinlicher dürfte eine Zunahme der Nettogeldeinnahmen von mindestens 5 vH sein.

Die Wirtschaft der DDR ist im abgelaufenen Jahr mit den Schwierigkeiten, die insbesondere von der Preisentwicklung im Außenhandel resultieren, besser fertig geworden, als es die Planungsinstanzen selbst erwartet hatten. Es gelang offenbar, die Finanzierungsprobleme, die sich dabei nach außen, vor allem gegenüber den westlichen Industrieländern ergaben, durch Kreditaufnahme zu überbrücken und nach innen durch eine Erhöhung der Subventionierung zu bewältigen. Die Produktion konnte so ebenso rasch wie im Vorjahr erhöht werden – sieht man von witterungsbedingten Einflüssen bei der Landwirtschaft ab.

Es hat den Anschein, als sähen die Planungsinstanzen die 1976 gefundenen Lösungen nicht als wiederholbar an; sie sehen sich wohl deshalb abermals zu relativ niedrigen Vorgaben an die Produktion veranlaßt, weil sie die Risiken, die mit höheren Produktionsplanungen für den Einfuhrbedarf verbunden wären, sehr hoch einschätzen. Die hohen Kapazitätsreserven, die bei einer kontinuierlichen Produktion im Verlauf jedes Monats zu erschließen wären und zur Verstärkung des Exports genutzt werden könnten, werden nicht als ausreichende Sicherheit gegenüber unerwünschten Importsteigerungen angesehen: Hinter mobilisierbaren Kapazitätsreserven müßte ein den Wünschen des Auslands entsprechendes Sortiment an Exportgütern stehen. Gerade hier liegt aber immer noch eine nicht rasch auszufüllende Lücke in technischer Entwicklung und Innovation vor.

Entwicklungshilfe der EG-Länder

Gemeinschaftspolitik noch in den Anfängen

Gemeinsame Hilfe

In der Europäischen Gemeinschaft ist die Entwicklungshilfe weitgehend Ländersache. Anders als bei der Handelspolitik war eine Übertragung einzelstaatlicher Kompetenzen auf die Gemeinschaft für die Entwicklungspolitik im EWG-Vertrag nicht vorgesehen; nur gegenüber den abhängigen oder ehemals abhängigen Gebieten waren Gemeinschaftsverpflichtungen vorgesehen, die durch die Assoziierungsverträge von Jaunde und Arusha konkretisiert wurden. Anlässlich des Beitritts Großbritanniens dehnte die Gemeinschaft ihr Angebot zur Entwicklungskooperation auf ganz Schwarzafrika sowie die Commonwealthländer in der Karibik und im Pazifik (AKP-Länder) aus. Diese erweiterte regionale Strategie mit dem Schwerpunkt in Afrika wurde vertraglich im Abkommen von Lomé verankert, das inzwischen 52 AKP-Staaten unterzeichnet haben. Sie wird ergänzt durch ein Konzept für den Mittelmeerraum, in dessen Rahmen inzwischen mit fast allen Ländern dieser Region einzelne Verträge abgeschlossen sind, die in unterschiedlichem Umfang die wirtschaftliche Kooperation mit der Gemeinschaft regeln¹.

Obwohl diese gemeinsamen entwicklungspolitischen Aktivitäten gegenüber der Dritten Welt im wesentlichen regional begrenzt sind, haben sie darüber hinausgehende Wirkung. So bedeutet das im Vertrag von Lomé vereinbarte System zur Stabilisierung der Ausfuhrerlöse der Entwicklungsländer bei wichtigen Rohstoffen die Anerkennung der Forderung der Entwicklungsländer auf Ausgleich von Exporterlöseinbußen. Damit bildet die für bestimmte Regionen ausgehandelte Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft die Basis für die Formulierung eines gemeinsamen Standpunktes gegenüber den übrigen Entwicklungsländern. Andererseits wird die Gemeinschaft durch die internationalen Verhandlungsrunden, insbesondere durch die Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris, gedrängt, auch in anderen Bereichen – z. B. in der Rohstoff- und Energiepolitik – zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber den Entwicklungsländern zu kommen. So gibt es neben dem regionalen Konzept für die entwicklungspolitische Kooperation mit den AKP- und den Mittelmeerländern auch Ansätze für eine globale Ausrichtung der gemeinsamen Entwicklungspolitik. Die Fortschritte auf diesem Gebiet sind bisher allerdings noch gering.

Auch bei den finanziellen Leistungen ist die „Globalisierung“ der EG-Hilfe bisher nur in Ansätzen

gelingen: Neben den vereinbarten 600 Mill. RE jährlich aus dem vierten Europäischen Entwicklungsfonds und den zugesagten annähernd 400 Mill. RE nach den Finanzvereinbarungen mit den verschiedenen Mittelmeerländern nehmen sich die 20 Mill. RE, die 1976 – außer der Nahrungsmittelhilfe – für alle übrigen Entwicklungsländer vorgesehen waren, kümmerlich aus. Bei der Verteilung dieser minimalen Summe konnten sich die zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten erst kurz vor Ablauf des Budgetjahres auf die zu begünstigenden Länder einigen: den indischen Subkontinent sowie Indonesien und Bolivien. Diese Länder erhalten damit einen Zuschuß von durchschnittlich 0,02 RE je Einwohner, die AKP- und Mittelmeerländer dagegen etwa hundertmal so viel!

Zusammen machte die gemeinsame Entwicklungshilfe 1975 nur 11 vH des gesamten von EG-Ländern² geleisteten finanziellen Transfers an die Dritte Welt aus. Dieser Anteil an den Nettoauszahlungen wird sich sicher erhöhen, wenn die zugesagte Gemeinschaftshilfe aus dem Lomé-Abkommen und gegenüber den Mittelmeerländern voll wirksam wird. Aber auch dann werden die einzelnen EG-Länder nach wie vor über Art, Umfang und regionale Verteilung ihrer Entwicklungshilfe weitgehend autonom entscheiden.

Koordinierung und Harmonisierung der bilateralen Entwicklungshilfe der EG-Länder

Da die Aussichten gering sind, die bilaterale Entwicklungshilfe der EG-Länder in die Kompetenz der Gemeinschaft zu überführen, kommt es im Interesse größerer Effizienz darauf an, sie besser aufeinander abzustimmen. In der Tat werden seit etwa 2 1/2 Jahren vom Ministerrat Entscheidungen zur Koordinierung und Harmonisierung der bilateralen Entwicklungshilfe getroffen. Sie bekräftigen aber zunächst nur Ziele, die ohnehin von den meisten Industrieländern akzeptiert wurden: 0,7 vH des Sozialprodukts für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen und die Konditionen besonders für die ärmsten Länder zu verbessern. Die Wiederholung dieser UN- und

¹ Außerdem hat die Gemeinschaft im Zusammenhang mit ihrer Agrarpolitik eine gemeinsame Nahrungsmittelhilfe für bedürftige Entwicklungsländer institutionalisiert und als einmalige Aktion den UN-Sonderfonds für die von der Weltwirtschaftskrise besonders hart betroffenen Entwicklungsländer unterstützt.

² Ohne Irland und Luxemburg. Da diese Länder nicht Mitglieder des Entwicklungshilfeausschusses (Development Assistance Committee, DAC) der OECD sind, gibt es für ihre – ohnehin geringe – Entwicklungshilfe keine vergleichbaren statistischen Unterlagen.

Die öffentliche Entwicklungshilfe der EG-Länder im Vergleich zu den Leistungen der sonstigen DAC-Länder¹⁾

Geber	Nettoauszahlungen					Zuschußelement der Zusagen in vH	
	in Mill. \$		in vH vom BSP		Veränderung ²⁾ in vH	1970	1975
	1970	1975	1970	1975			
Belgien	119,7	377,7	0,46	0,59	25,0	96,9	97,3
Bundesrepublik Deutschland	599,0	1688,8	0,32	0,40	23,9	80,4	84,8
Dänemark	59,1	205,3	0,38	0,58	29,3	98,0	96,0
Frankreich	971,0	2090,9	0,66	0,62	15,9	82,6	89,3
Großbritannien	446,9	863,4	0,36	0,37	12,3	81,5	96,9
Italien	147,2	182,3	0,16	0,11	6,5	67,7	90,5
Niederlande	196,4	604,0	0,61	0,75	24,9	84,6	93,9
EG-Länder ³⁾	2539,3	6012,4	0,41	0,45	18,5	82,1	90,5
sonstige DAC-Länder	4264,9	7572,9	0,31	0,31	11,6	85,7	86,3

¹⁾ Mitglieder des Development Assistance Committee der OECD sind (neben den aufgeführten EG-Ländern): Australien, Finnland, Japan, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz, USA. — ²⁾ Durchschnittlich jährlich (logarithmisch-lineare Regression). — ³⁾ Ohne Luxemburg und Irland.
Quelle: OECD, Development Co-Operation, Review 1975 and 1976.

DAC-Grundsätze auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft hat noch nicht bewirkt, daß sie allgemein befolgt werden. Zwar betrug das Zuschußelement der öffentlichen Entwicklungshilfeszusagen aller hier untersuchten Länder 1975 rund 90 vH und übertraf somit die DAC-Norm³, der Umfang der öffentlichen Nettoauszahlungen lag aber mit durchschnittlich 0,45 vH des Sozialprodukts weit unter dem Ziel. Allein die Niederlande erreichten die angestrebte Quote. Während die Leistungen von Belgien, Dänemark und Frankreich um 0,6 vH des jeweiligen Sozialproduktes streuten, lagen sie in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien nur bei 0,4 bzw. 0,37 vH. Italien — das als einziges DAC-Mitglied in der Europäischen Gemeinschaft der UN-Empfehlung nicht beigepflichtet hatte — war mit 0,11 vH am weitesten von der Norm entfernt.

Trotz der weitgehenden Einigkeit über den Umfang der zu leistenden Hilfe wird diese in den Mitgliedstaaten also in sehr unterschiedlichem Maße realisiert. Kann der Rückstand der Leistungen Italiens und Großbritanniens derzeit mit ihrer Wirtschaftsschwäche begründet werden, so besteht insbesondere in der Bundesrepublik ein offenkundiges Mißverhältnis zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den Anstrengungen für die öffentliche Entwicklungshilfe, das für die Harmonisierung der Entwicklungspolitik hinderlich ist.

Von den EG-Ländern, die zu Beginn der Dekade am weitesten von dem Ziel entfernt waren — Italien, die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien und Dänemark — haben nur Dänemark und die Bundesrepublik ihre öffentliche Entwicklungshilfe überdurchschnittlich gesteigert. Immerhin haben die EG-Länder insgesamt ihre bilateralen öffentlichen Lei-

stungen zwischen 1970 und 1975 um fast 19 vH jährlich ausgedehnt, also deutlich stärker als die übrigen DAC-Länder (12 vH), von denen Japan und die USA im Verhältnis zum Sozialprodukt besonders geringe Leistungen erbringen.

Ein weiteres Hindernis für den Ausbau der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe ist die unterschiedliche regionale Ausrichtung der bilateralen öffentlichen Leistungen der EG-Länder: Die Ländergruppen, auf die sich die Europäische Gemeinschaft in ihrer Entwicklungshilfe konzentriert — die AKP-Länder (früher die Assoziierten Afrikanischen Staaten und Madagaskar, AASM) und die Mittelmeerländer — haben bei der Hilfe der einzelnen EG-Länder einen sehr unterschiedlichen Stellenwert.

Die ehemals assoziierten Staaten in Afrika, zunächst die einzigen Empfänger gemeinsamer Entwicklungshilfeleistungen, erhielten in den sechziger Jahren (Durchschnitt 1961–1968) über 90 vH der bilateralen Hilfe Belgiens und 26 vH der französischen Hilfe⁴, aber nur 3 vH der öffentlichen Leistungen der Bundesrepublik. Die Erweiterung des gemeinsamen Konzeptes um die übrigen Staaten der heutigen AKP-Gruppe deckt sich nicht nur mit den Interessen Großbritanniens, sondern auch mit denjenigen der Niederlande, seitdem Surinam, der zweit-

³⁾ Das DAC hatte 1972 als Ziel für das Zuschußelement der öffentlichen Hilfe 84 vH (bzw. 90 vH für die ärmsten Länder) postuliert. Das Zuschußelement beträgt 100 vH bei Schenkungen; bei Krediten werden die Abweichungen gegenüber marktüblichen Bedingungen einkalkuliert.

⁴⁾ Dazu kommen noch etwa 8 vH nicht aufteilbarer Leistungen Frankreichs an Länder südlich der Sahara, von denen ein Teil ebenfalls den AASM zugute gekommen sein dürfte.

Anteil ausgewählter Entwicklungsländergruppen an der bilateralen öffentlichen Entwicklungshilfe der EG- und der sonstigen DAC-Länder¹⁾
in vH

Geber	AASM ²⁾		AKP ³⁾		Mittelmeerländer ⁴⁾		Commonwealth-Länder Asiens ⁵⁾		Lateinamerika ⁶⁾	
	1961 bis 1968	1969 bis 1974	1961 bis 1968	1969 bis 1974	1961 bis 1968	1969 bis 1974	1961 bis 1968	1969 bis 1974	1961 bis 1968	1969 bis 1974
Belgien	92	72	92	72	3	9	1	7	2	4
Bundesrepublik Deutschland	3	7	12	16	27	28	26	25	13	13
Dänemark	6	7	24	44	11	8	24	20	6	5
Frankreich ⁷⁾	26	25	26	26	32	15	0	3	15	20
Großbritannien	2	1	43	34	10	6	28	36	6	8
Italien	7	9	17	18	49	51	3	11	24	5
Niederlande	0	2	24	28	5	3	13	15	16	18
EG-Länder	15	16	28	27	26	17	13	16	13	14
sonstige DAC-Länder	2	2	7	12	16	8	28	21	20	11

¹⁾ Länderabgrenzung s. Tabelle 1; Bruttoauszahlungen. — ²⁾ Ehemals Assoziierte Afrikanische Staaten und Madagaskar: Benin, Burundi, Elfenbeinküste, Gabun, Kamerun, Kongo, Madagaskar, Mali, Mauretanien, Mauritius, Niger, Obervolta, Ruanda, Senegal, Somalia, Togo, Tschad, Zaire, Zentralafrikanische Republik. — ³⁾ 52 Staaten aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum. Außer den ehemaligen AASM gehören dazu: Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Bahamas, Barbados, Botsuana, Fidschi, Gambia, Ghana, Grenada, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Jamaika, Kapverdische Inseln, Kenia, Komoren, Lesotho, Liberia, Malawi, Nigeria, Papua-Neuguinea, Sambia, Sao Tomé und Príncipe, Seychellen, Sierra Leone, Sudan, Surinam, Swasiland, Tansania, Tonga, Trinidad und Tobago, Uganda, Westsamosa. — ⁴⁾ Ägypten, Algerien, Griechenland, Israel, Jordanien, Jugoslawien, Libanon, Libyen, Malta, Marokko, Spanien, Syrien, Türkei, Tunesien, Zypern. — ⁵⁾ Bangladesch, Indien, Malaysia, Pakistan, Singapur, Sri Lanka. — ⁶⁾ Ohne AKP-Mitglieder. — ⁷⁾ Der Anteil der AASM (bzw. AKP-Länder) an der französischen Hilfe erscheint insofern als niedrig, als zusätzlich rund 8 vH der französischen Hilfe an Staaten südlich der Sahara gingen, die nicht direkt auf einzelne Länder zurechenbar sind; sie dürften ebenfalls den AASM (sowie den abhängigen Gebieten) zugute gekommen sein. Die Hilfe Frankreichs an Lateinamerika floß überwiegend an die abhängigen Gebiete: Guadeloupe, Martinique, St. Pierre et Miquelon und Französisch Guyana.

Quelle: OECD, Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries, div. Bände.

wichtigste Empfänger holländischer Entwicklungshilfe, dem Lomé-Abkommen beigetreten ist. Auch Dänemark und die Bundesrepublik, deren Vergabepolitik nicht durch koloniale Vergangenheit geprägt ist, haben in dieser Region verschiedene Schwerpunktländer ihrer bilateralen Entwicklungshilfe. Um ihren Vorsatz zu befolgen, besonders die ärmsten Länder zu fördern, sollten sie ihre bilaterale Hilfe an die ärmsten der AKP-Staaten⁵ trotz ihrer Beteiligung an der gemeinsamen Hilfe weiter ausdehnen.

Im Mittelmeerraum ist besonders Italien engagiert; bis 1974 ging die Hälfte der öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Italiens dorthin, vorrangig an Jugoslawien, außerdem an Ägypten und die Türkei. Auch die Bundesrepublik gibt einen großen Teil ihrer Entwicklungshilfe an die Mittelmeerländer, kontinuierlich vor allem an Israel und die Türkei, neuerdings auch wieder stärker an Ägypten. Bei den anderen EG-Ländern sind — mit Ausnahme Belgiens — die Anteile der Mittelmeerländer an der bilateralen Entwicklungshilfe bis 1974 zurückgegangen. Da die Mittelmeerländer insgesamt nicht gerade zu den bedürftigsten Ländern zählen, sollten die im Rahmen des Mittelmeerkonzepts vereinbarten gemeinsamen Entwicklungshilfefzusagen als Anlaß genommen werden, die bilaterale Hilfe dorthin auszubauen.

Die meisten Commonwealthländer Asiens gehören nicht nur zu den volkreichsten Entwicklungsländern, sondern auch zur Gruppe der von der Weltwirt-

schaftskrise besonders hart betroffenen Länder; sie haben bisher (ausgenommen die EG-Beteiligung am UN-Sonderfonds) keine nennenswerte EG-Hilfe bekommen, sind jedoch die wichtigsten Empfängerländer der britischen Entwicklungshilfe. Auch die Bundesrepublik ist durch ihr starkes Engagement in Indien und Pakistan ein wichtiges Geberland in diesem Gebiet, ebenso sind Indien und Bangladesch wichtige Empfänger dänischer Entwicklungshilfe. Ohne diese bilateralen Zuflüsse wäre die Europäische Gemeinschaft in den asiatischen Commonwealthländern kaum vertreten: Mit der Vergabe von Gemeinschaftsmitteln größeren Umfangs kann in näherer Zukunft in diesem Raum nicht gerechnet werden.

In Lateinamerika ist das entwicklungspolitische Engagement der meisten EG-Länder gering; nur Frankreich und die Niederlande unterstützen dort besonders ihre abhängigen Gebiete.

Koordinierung des Mitteleinsatzes auf der Ebene des Empfängerlandes

Da ein koordiniertes Vorgehen im Interesse eines effektiven Einsatzes der begrenzten Mittel dringend

⁵ Von den 52 Staaten gehören nach der UN-Definition 27 sowohl zu den ärmsten (LLDC) als auch zu den von der Wirtschaftskrise besonders hart betroffenen (MSAC) Ländern, zusätzlich 2 nur zu den ärmsten und weitere 10 Länder nur zu den besonders hart betroffenen.

notwendig ist, wäre es zweckmäßig, wenn die EG-Länder in denjenigen Entwicklungsländern zusammenarbeiteten, denen mehr als ein EG-Land Hilfe gewährt. Damit würde die regionale Verteilung der jeweiligen bilateralen Hilfe nicht präjudiziert, sondern es gäbe vielmehr nur Absprachen über ihren optimalen Einsatz in den Empfängerländern. Für eine Abstimmung der Vorhaben in dem jeweiligen Land kann die Erfahrung, die bei der Programmierung der Gemeinschaftshilfe für die AKP-Staaten gemacht wird, als Grundlage genommen werden. Die EG-Kommission hat bei der Verteilung dieser Hilfe für jedes AKP-Land den Mitteleinsatz im Rahmen der von den Empfängerländern vorgegebenen eigenen Entwicklungspläne und Prioritäten programmiert. Dadurch haben auch die bilateralen Geber unter den EG-Ländern die Möglichkeit, ihre eigenen Vorhaben

in den betreffenden Ländern sowohl mit den gemeinsamen Projekten als auch mit denjenigen der anderen Mitgliedsländer abzustimmen. Ein Handicap dabei ist allerdings, daß über die bilateralen Zusagen meist von Jahr zu Jahr entschieden wird, während die gemeinsame Hilfe aus dem Lomé-Vertrag auf fünf Jahre hinaus geplant werden kann. Als nächstes böte sich eine abgestimmte Planung der gemeinsamen und aller bilateralen Entwicklungshilfeszusagen der EG-Partner an die Mittelmeerländer an. In dem Maße, wie es der Kommission gelingt, die treibende Kraft für die Koordinierung aller Entwicklungshilfeszusätze aus den EG-Ländern in die AKP- und Mittelmeerländer zu sein, könnte sie auch die Bemühungen um internationale Koordination im Entwicklungshilfeausschuß der OECD positiv beeinflussen.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland – Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.

Im Druck:

- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR – Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht.

Beiträge zur Strukturforchung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4. Seit 1976 sind erschienen:

- Heft 39 **Wettbewerbsrelationen im Außenhandel westlicher Industrieländer 1959 bis 1973.** Von K. Henkner. 199 S. 1976. DM 68,—.
- Heft 40 **Berufswunsch und Berufswahl.** Analyse einiger Determinanten und Interdependenzen. Von K.-P. Gaulke. 118 S. 1976. DM 44,60.
- Heft 41 **Anlageinvestitionen und Anlagevermögen in den Wirtschaftsbereichen der Bundesrepublik Deutschland.** Von B. Görzig und W. Kirner. 106 S. 1976. DM 36,80.
- Heft 42 **Sensitivitätsanalysen im statischen offenen Leontief-Modell.** Von J. Schintke. 180 S. 1976. DM 56,—.
- Heft 43/V **Die Güterverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Von P. Lünsdorf. 281 S. 1976. DM 126,—.
- Heft 43/IV **Analyse und Prognose des Güterverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von H.-J. Frank. 155 S. 1976. DM 76,—.
- Heft 44 **Bedingungen für Angebot und Nachfrage nach Kokskohle in der Welt bis 1985.** Von M. Rumberger und E. Wettig. 107 S. 1976. DM 64,—.
- Heft 45 **Multiplikatorwirkungen des Konjunkturprogramms von 1975 – Anwendung des um den Keynes'schen Multiplikator erweiterten Input-Output-Modells.** Von R. Stäglin unter Mitarbeit von R. Pischner, B. Weiser und H. Wessels. 55 S. 1976. DM 36,60.

Im Druck:

- Heft 43/VI **Die Verkehrsströme in der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990.** Kennziffern großräumiger Verkehrsströme als Entscheidungsgrundlage für eine integrierte Verkehrswegeplanung. Von Joachim Niklas.
- Heft 43/II **Analyse und Prognose des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 1990.** Von Rainer Hopf, Günther John, Heilwig Rieke unter Mitarbeit von Joachim Niklas.
- Heft 43/III **Die Personenverkehrsnachfrage in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland 1970 und 1990 – Untersuchung der regionalen Struktur des Aufkommens und der Verflechtung im Personenverkehr nach Fahrtzwecken und Verkehrsarten und ihrer Beziehung zu raumordnungspolitischen Zielsetzungen.** Von Ulrich Voigt.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Anhaltendes Wachstum bei reduzierten Planvorgaben. Die Wirtschaft der DDR an der Jahreswende 1976/77 bearbeitet von Doris Cornelsen. —
Entwicklungshilfe der EG-Länder. Gemeinschaftspolitik noch in den Anfängen bearbeitet von Uta Möbius.

Verlag Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Straße 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—

Hierzu ein Prospekt des Verlags Duncker & Humblot.